Präsidium des Deutschen Bundestages
Parlamentssekretariat – Reichstagsgebäude
11011 Berlin

Betreff: Kleine Anfrage des Abgeordneten Andrej Hunko u. a. und der Fraktion DIE LINKE.
Beginn des Grenzüberwachungsnetzwerk EUROSUR
BT-Drucksache 18/76

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort in 5-facher Ausfertigung.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Ole Schröder
Vorbemerkung der Fragesteller:
EUROSUR besteht insbesondere aus den bereits existierenden, seeseitigen Grenzüberwachungssystemen „Baltic Sea Region Border Control Cooperation“ (BSRBCC), „Black Sea Littoral States Border/Coast Gurard Cooperation Forum“ (BSCF) und „Seahorse Atlantic Projekt“. Im unter spanischer Ägide errichteten „Seahorse Atlantic Projekt“ kooperieren auch Mauretanien, Marokko, Senegal, Gambia, Guinea Bissau und die Kap Verden. Auf Initiative Spaniens wird derzeit im Mittelmeer das Netzwerk „Seahorse Mediterranco“ aufgebaut, an dem auch Libyen teilnehmen will. Die eben-


Es handelt sich nach Auffassung der Fragesteller bei EUROSUR um eine weitere Stärkung der Grenzpolizei FRONTEX, die nicht mit mehr parlamentarischer oder öffentlicher Kontrolle korrespondiert. Statt erwartete Flüchtlingsbewegungen ernst zu nehmen und den Menschen Schutz zu versprechen, wird mit Misstrauens, Abwehr und Kontrolle reagiert. Nach Ansicht der Fragesteller/innen sind EUROSUR und FRONTEX die zynische Antwort der Europäischen Union auf die emanzipatorischen Prozesse im arabischen Raum.
Vorbemerkung:

1. Welche Mitgliedstaaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung bereits „nationale Koordinierungscentren“ eingerichtet, wo befinden sich diese, und welche Polizeibehörden sind hierfür jeweils verantwortlich?

Zu 1.

2. Welche zivilen und militärisch-technischen Überwachungskapazitäten der EU-Mitgliedstaaten können in welchen Datenformaten in EUROSUR verarbeitet werden?

Zu 2.
Das EUROSUR-Netzwerk integriert als sog. "System der Systeme" bereits vorhandene nationale Grenzüberwachungssysteme der Mitgliedstaaten. Das jeweilige Leistungsspektrum der Überwachungskapazitäten ist von unterschiedlichen Faktoren abhängig und insbesondere auf die nationalen Bedürfnisse bzw. die geografische Lage der

3. Nach welchen Kriterien wird entschieden, welche Informationen von „nationalen Koordinierungszentren“ an FRONTEX in Warschau weitergeleitet werden, und welche Regularien oder Absprachen existieren hierzu?

Zu 3.

4. Nach welchen Kriterien entscheidet FRONTEX, welche Informationen mit anderen EU-Mitgliedstaaten geteilt werden sollen, und welche Regularien oder Absprachen existieren hierzu?

Zu 4.
Die Informationshoheit geteilter Informationen und das Recht zur Verbreitung verbleiben beim einstellenden Mitgliedstaat. Gleiches gilt für die Agentur hinsichtlich des Europäischen Lagebilds und des gemeinsamen Informationsbilds des Grenzvorbereichs. Die Agentur entscheidet nicht darüber, welche Informationen der nationalen Lagebilder mit anderen Mitgliedsstaaten geteilt werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.
5. Nach welchen Kriterien entscheidet FRONTEX, welche Informationen mit Staaten außerhalb der Europäischen Union geteilt werden sollen, und welche Regularien oder Absprachen bzw. bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und dem jeweiligen „Drittstaat“ existieren nach Kenntnis der Bundesregierung hierzu?

Zu 5.

6. An welche Staaten wäre eine Übermittlung nach gegenwärtigem Stand möglich?

Zu 6.
Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

7. Welche Vorkehrungen wurden zur Übertragung der Datenströme getroffen, und wie werden diese abgesichert?

Zu 7.
Die Übertragung von Datenströmen über das EUROSUR-Netzwerk erfolgt verschlüsselt über das Internet. Für die Sicherheit und Integrität des Kommunikationsnetzes ist die Agentur verantwortlich.

8. In welchen Ratsarbeitsgruppen oder sonstigen Einrichtungen der Europäischen Union wird der Aufbau von EUROSUR behandelt, und auf welche Weise ist die Bundesregierung jeweils daran beteiligt?

Zu 8.
Die Beteiligung der Bundesregierung hierzu erfolgte durch Vertreter des Bundesministeriums des Innern. Die Implementierung der Verordnung wurde und wird weiterhin anlassbezogen durch operative Treffen vorbereitet, an denen sich die Bundesregierung mit Experten der Bundespolizei beteiligt.

9. Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, ob zum Start von EUROSur Ende 2013 ein abgestufter Zeitplan existiert, mit hin die Inbetriebnahme durch Bulgarien, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn und Zypern nicht gleichzeitig erfolgt?

Zu 9.

10. Welche Behörden der Bundesregierung werden mit welchen Abteilungen an EUROSur angeschlossen?

Zu 10.
In Deutschland wird ausschließlich die Bundespolizei an EUROSur angeschlossen.

11. Welche organisatorischen, administrativen oder baulichen Maßnahmen wurden hierfür getroffen, und wie werden diese finanziert?

Zu 11.
Das deutsche nationale Koordinierungszentrum wird im Lage- und Führungsdienst des Bundespolizeipräsidiums in Potsdam eingerichtet. Die spezifische Aufgabe der Seeaußengrenzenüberwachung in der Nord- und Ostsee wird über die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt und dort durch das Gemeinsame Lagezentrum See (GLZ See) wahrgenommen werden.

12. Wo ist das deutsche „nationale Koordinierungszentrum“ angesiedelt und mit welchem Personal ist es ausgestattet?

Zu 12.
Auf die Antwort zu Frage 11 wird verwiesen.

13. Welche Aufgaben werden dabei dem Bundespolizeipräsidium übertragen (Bundestagsdrucksache 17/8277)?

Zu 13.
Das Bundespolizeipräsidium nimmt die Aufgaben wahr, die in Artikel 5 der EUROSEUR-Verordnung für nationale Koordinierungszentren festgelegt sind.

14. Mit welchen weiteren „nationalen Koordinierungszentren“ betreibt das Gemeinsame Lagezentrum See in Cuxhaven einen Informationsaustausch, und wie soll sich dies im Rahmen von EUROSEUR verändern (Bundestagsdrucksache 17/8277)?
   a) Wie häufig werden „nationale Lagebilder“ erstellt?
   b) Wie oft wird eine „regelmäßige Evaluierung nationaler Grenzüberwachungsmaßnahmen“ vorgenommen?

Zu 14.
Die Bundespolizei betreibt auch künftig den Informationsaustausch - soweit erforderlich - mit ihren Sicherheitspartnern nach Maßgabe der bereichspezifischen Bestimmungen.

a)
Diese erfolgen periodisch oder anlassbezogen.

b)
15. Inwiefern werden im deutschen „nationalen Lagebild“ auch militärische Kapazitäten integriert, und um welche handelt es sich dabei?

Zu 15.
Die Integration militärischer Kapazitäten im deutschen "nationalen Lagebild" ist nicht vorgesehen.

16. Welche Vorhaben zur Nutzung von Satellitenaufklärung zu Zwecken der inneren Sicherheit fördert die Europäische Union derzeit, und worum handelt es sich dabei (Bundestagsdrucksache 17/13187)?

Zu 16.

17. Was ist das allgemeine sowie konkrete Ziel des EU-Vorhaben SAGRES und welchen Beitrag übernehmen die deutschen Beteiligten Fraunhofer, das DLR sowie EADS Astrium?

Zu 17.
Services Activations For Growing Eurosur’s Success (SAGRES) ist ein EU-Projekt zur Bewertung von Dienste-Szenarien zur Unterstützung des EUROSUR Systems von FRONTEX. (siehe: http://www.copernicus-sagres.eu/technical_details/scop.html)
Im Rahmen des Projektes SAGRES arbeitet das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) im Unterauftrag der Firma gmv aus Spanien. Das DLR hat die Aufgabe, auf der Grundlage von Satellitendaten Schiffsdetektionen auf hoher See durchzuführen. Dazu müssen Algorithmen entwickelt, optimiert und prä-operationelle Systemketten entwickelt werden.

18. An welchen weiteren nationalen und internationalen Forschungsprogrammen, die den Aufbau von EUROSUR bzw. die Bereitstellung von Kapazitäten zum Ziel hatten, waren deutsche Behörden (und, sofern die Bundesregierung davon Kenntnis hat, auch Unternehmen, Hochschulen und Institute) beteiligt?
Zu 18.
Im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms beteiligen sich 26 europäische Partnerunternehmen, darunter auch die THALES Defence Deutschland GmbH, am EU-Projekt „SeaBILLA“. Deutsche Behörden sind nicht beteiligt. Das Projekt hat ein Finanzvolumen von 15,5 Millionen Euro. Der Anteil an europäischen Fördermitteln beträgt 9,8 Millionen Euro.

19. Welches Finanzvolumen hatten die Vorhaben, und wie wurden diese finanziert?

Zu 19.
Es wird auf die Antwort zu Frage 18 verwiesen.

20. Welche bereits vorhandenen oder noch zu errichtenden landseitigen Überwachungsnetzwerke sind der Bundesregierung laut Informationen aus EU-Ratsarbeitsgruppen bzw. anderen EU-Gremien bekannt, die laut der EUROSUR-Verordnung in EUROSUR integriert werden sollen, und wer nimmt daran jeweils teil?

Zu 20.
Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

21. Welche Länder sind nach Kenntnis der Bundesregierung oder laut Informationen aus EU-Ratsarbeitsgruppen bzw. anderen EU-Gremien im seeseitigen Grenzüberwachungssystem „Baltic Sea Region Border Control Cooperation“ (BSRBCC) zusammengeschlossen?

Zu 21.

22. Über welche Lagezentren, „Koordinierungszentren“ oder vergleichbare Einrichtungen sind welche nationalen Behörden jeweils integriert?
Zu 22.
Im dem Verbund BSRBCC dient die Lage- und Einsatzzentrale der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt als nationaler Kommunikations- und Kontaktpunkt.

23. Welche Informationen werden im Netzwerk erhoben, verarbeitet und weitergegeben?

Zu 23.
Hinsichtlich der Kooperationsfelder im Verbund BSRBCC wird auf die Vorbemerkungen der Bundesregierung verwiesen.


Zu 24.
Deutschland hat mit Vertretern der Bundespolizei an den jährlichen Konferenzen des Verbundes BSRBCC teilgenommen. Die Tagesordnungen der beiden Konferenzen beinhalteten im Wesentlichen eine Befassung mit dem Aktionsplan und dem Jahresbericht der jeweiligen Präsidentschaft, Präsentationen und Diskussionen über Aktivitäten des BSRBCC sowie Präsentationen seitens der Mitgliedsstaaten oder benachbarter Agenturen wie FRONTEX oder EMSA.

25. Auf welche Art und Weise arbeitet FRONTEX bereits jetzt mit dem BSRBCC zusammen, und wie wird sich dies mit dem Start von EUROSUR verändern?

Zu 25.
26. Welche Länder sind nach Kenntnis der Bundesregierung oder laut Informationen aus EU-Ratsarbeitsgruppen bzw. anderen EU-Gremien im seeseitigen Grenzüberwachungssystem „Black Sea Littoral States Border/Coast Guard Cooperation Forum“ (BSCF) zusammengeschlossen?

Zu 26.
Im Black Sea Littoral States Border/Coast Guard Cooperation Forum (BSCF) sind alle Schwarzmeeranrainerstaaten vertreten. Auf die Vorbemerkungen der Bundesregierung wird verwiesen.

27. Über welche Lagezentren, „Koordinierungszentren“ oder vergleichbare Einrichtungen sind welche nationalen Behörden jeweils integriert?

28. Welche Informationen werden im Netzwerk erhoben, verarbeitet und weitergegeben?

29. Auf welche Art und Weise arbeitet FRONTEX bereits jetzt mit dem BSCF zusammen, und wie wird sich dies mit dem Start von EUROSUR verändern?

Zu 27. bis 29.
Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

30. Welche Länder sind nach Kenntnis der Bundesregierung oder laut Informationen aus EU-Ratsarbeitsgruppen bzw. anderen EU-Gremien im seeseitigen Grenzüberwachungssystem „Seahorse Atlantic Projekt“ zusammengeschlossen?

Zu 30.

31. Über welche Lagezentren, „Koordinierungszentren“ oder vergleichbare Einrichtungen sind welche nationalen Behörden jeweils integriert?

32. Welche Informationen werden im Netzwerk erhoben, verarbeitet und weitergegeben?
Zu 31. und 32.
Es wird auf die Antwort zu Frage 30 verwiesen.

33. Inwieweit haben nach Kenntnis der Bundesregierung auch Mauretanien, Marokko, Senegal, Gambia, Guinea Bissau und die Kap Verden hierfür „Koordinierungszentren“ oder vergleichbare Einrichtungen geschaffen bzw. sind derzeit damit befasst (Bundestagsdrucksache 17/11986)?
   a) Wie wird die „bessere operative Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung der illegalen Einwanderung und Schaffung eines sicheren Informationsnetzwerks zwischen den Strafverfolgungsbehörden“ konkret umgesetzt?
   b) Wo sind „Kontakstellen vor Ort“ angesiedelt?
   c) Inwieweit und in welcher Höhe wurden EU-Mittel für die „Technik für den Zugang zu dem Informationsnetzwerk“ eingesetzt?

Zu 33.
Es wird auf die Antwort zu Frage 30 verwiesen. Weitere Erkenntnisse hierzu liegen der Bundesregierung nicht vor.

34. Auf welche Art und Weise arbeitet FRONTEX bereits jetzt mit dem „Seahorse Atlantic Projekt“ zusammen, und wie wird sich dies mit dem Start von EUROSUR verändern?

Zu 34.
Es wird auf die Antwort zu Frage 30 verwiesen. Weitere Erkenntnisse hierzu liegen der Bundesregierung nicht vor.

35. Welche Länder sind nach Kenntnis der Bundesregierung oder laut Informationen aus EU-Ratsarbeitsgruppen bzw. anderen EU-Gremien im seeseitigen Grenzüberwachungssystem „Seahorse Mediterrano“ zusammengeschlossen?

Zu 35.
36. Über welche Lagenzentren, „Koordinierungszentren“ oder vergleichbare Einrichtungen sind welche nationalen Behörden jeweils integriert?

Zu 36.
Es wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

37. Inwieweit haben nach Kenntnis der Bundesregierung auch Algerien, Tunesien und Ägypten hierfür „Koordinierungszentren“ oder vergleichbare Einrichtungen geschaffen bzw. sind derzeit damit befasst?

Zu 37.
Der Bundesregierung sind Bestrebungen der Europäischen Kommission und einzelner EU-Mitgliedstaaten zur Initiierung einer Kooperation allgemein bekannt. Zum aktuellen Sachstand liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

38. Welche Informationen werden im Netzwerk erhoben, verarbeitet und weitergegeben?

Zu 38.
Es wird auf die Antwort zu Frage 37 verwiesen.

39. Auf welche Art und Weise arbeitet FRONTEX bereits jetzt mit dem „Seahorse Mediterrano“ zusammen, und wie wird sich dies mit dem Start von EUROSUR verändern?

Zu 39.
40. Was ist der Bundesregierung aus den zuständigen EU-Ratsarbeitsgruppen oder ihrer Teilnahme an der EUBAM-Mission Neueres darüber bekannt, inwiefern bzw. wo Libyen „Koordinierungscentren“ oder vergleichbare Einrichtungen geschaffen hat bzw. derzeit damit befasst ist (Bundestagsdrucksache 17/14417)?

Zu 40.

41. Ist der Bundesregierung mittlerweile bekannt, ob die Lagenzentren an italienische Einrichtungen angebunden werden sollen (Bundestagsdrucksache 17/14417), und wenn ja, welche Informationen hat sie darüber?

Zu 41.

42. Was ist der Bundesregierung mittlerweile über bilaterale Projekte Italiens und Libyens hinsichtlich der Grenzsicherung bekannt (etwa zur Fertigstellung einer „elektronischen Grenzüberwachung“, Libya Herald, 3. November 2013), und inwiefern baut EUBAM Libyen auf diese auf (Bundestagsdrucksache 17/14417)?

Zu 42.
Der italienische Ministerpräsident Letta und der libysche Ministerpräsident Al Zeidan haben im Sommer dieses Jahres vereinbart, das Projekt zur Überwachung der Landgrenzen Libyens mit italienischer Technologie weiter fortzusetzen. Das Projekt wurde bereits 2010 begonnen und aufgrund der Umbrüche in Libyen vorübergehend gestoppt.

Die italienisch-libysche Zusammenarbeit umfasst auch Ausbildungsprojekte im Rahmen der Operation Cyrene, die zum Ziel hat, insgesamt 6000 libysche Sicherheitskräfte zur Stabilisierung des Landes auszubilden.

43. Was ist der Bundesregierung mittlerweile darüber bekannt, inwiefern Patrouillenschiffe, Schiffüberwachungssysteme und Radaranlagen an der libyschen Küste von Italien modernisiert werden?

Zu 43.

44. Inwiefern haben die libyschen „Überlegungen zur Grenzsicherung“ mittlerweile ihren „sehr vorläufigen Charakter“ überwunden (Bundestagsdrucksache 17/14417), und welche neueren Ergebnisse kann die Bundesregierung hierzu mitteilen?

Zu 44.
Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

45. Was ist der Bundesregierung mittlerweile aus den zuständigen EU-Ratsarbeitsgruppen oder ihrer Teilnahme an der EUBAM-Mission darüber bekannt, welche Aufgabe den „Mediterranean Border Cooperation Centres“ (MEBOCC) im „Seahorse Mediterraneo Projekt“ oder in EUROSUR zukommen (Bundestagsdrucksache 17/11986)?
Zu 45.


Zu 46.
Die Bundesregierung äußert sich mit Rücksicht auf die verfassungsrechtlich geschützten Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der betroffenen Unternehmen grundsätzlich nicht zu den gegenüber bestimmten Unternehmen erteilten oder versagten Ausfuhrgenehmigungen und den betreffenden etwaigen Geschäftstätigkeiten der Unternehmen. Die Bundesregierung berichtet in abstrakter Form über erteilte Ausfuhrgenehmigungen für in Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung) gelistete Güter in dem jährlichen „Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter“.


Zu 47.

48. Inwiefern trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass nach gegenwärtigem Stand der Diskussion zur neuen Verordnung FRONTEX Flüchtlinge künftig auf dem Meer stoppen und zurückschieben könnte (taz, 3. November 2013), und wie hat sich die Bundesregierung zum dort möglicherweise bald festgeschriebenen „Ausschiffen“ auf hoher See positioniert?
Zu 48.
Gemäß Artikel 4 des Verordnungsvorschlags soll der Schutz der Grundrechte und der Grundsatz der Nichtzurückweisung, wie er in Artikel 19 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union festgeschrieben ist, uneingeschränkt Beachtung finden.
Die Mitgliedstaaten sind bei Asylanträgen weiterhin uneingeschränkt an die Bestimmungen des Asyl-Besitzstands gebunden. Dieser bekräftigt die Geltung der Grundrechte und Grundsätze, die mit der Charta anerkannt wurden.
Der Verordnungsvorschlag wird gegenwärtig noch auf Ratsarbeitsgruppenebene verhandelt.

49. Welche weiteren, neueren Kenntnisse hat die Bundesregierung (etwa aus den zuständigen Ratsarbeitsgruppen) über die mögliche Einbindung der Türkei in EU-Projekte und Vorhaben zur Migrationskontrolle, unter anderem zur Errichtung eines gemeinsamen Zentrums zur Polizei- und Zollzusammenarbeit mit Griechenland und Bulgarien (Bundestagsdrucksache 17/5010)?

Zu 49.

50. Welchen Inhalt haben die „EU-Twinning-Projekte“ der Türkei mit Deutschland bzw. Finnland, und wie wird die „Verbesserung der innerbehördlichen Trainingsfähigkeiten der an den Grenzübergängen eingesetzten Grenzpolizisten der türkischen Nationalpolizei“ in entsprechenden Vorhaben konkret umgesetzt (Bundestagsdrucksache 17/5010)?
Zu 50.

51. Welche Mitgliedstaaten waren mit welchen Kapazitäten am „Common Pre-Frontier Intelligence Picture“ (CPIP) beteiligt, und worin bestand die „Pilotphase“ (Bundestagsdrucksache 17/7018)?

Zu 51.

52. Inwiefern und mit welchen Aufgaben war FRONTEX an dieser „Pilotphase“ beteiligt, und wie ist eine spätere Rolle der Agentur im CPIP definiert?

Zu 52.
Darüber hinaus befasst sich die Arbeitsgruppe mit weiteren auswertungsspezifischen Aufgaben, welche durch die Implementierung der EUROSUR-Verordnung ergeben. Die Rolle der Agentur zum gemeinsamen Informationsbild des Grenzvorbereichs ergibt sich aus Artikel 11 der EUROSUR-Verordnung.

53. Wie wurde die „Erprobung der technischen Umsetzbarkeit einer vernetzten Informations- und Kommunikationsplattform zwischen den Mitgliedstaaten und FRONTEX in der „Pilotphase“ umgesetzt?"

Zu 53.

54. Inwiefern und mit welchen technischen, organisatorischen oder administrativen Kapazitäten ist der „Aufwuchs auf insgesamt 18 EU-Mitgliedstaaten an den südlichen See- und östlichen EU-Landaußengrenzen“ mittlerweile umgesetzt (Bundestagsdrucksache 17/7018)?

Zu 54.
Der Aufbau der technischen Infrastruktur durch die Einrichtung der nationalen Koordinierungszentren in den prioritären 18 EU-Mitgliedstaaten ist nahezu abgeschlossen. Zu den technischen, organisatorischen oder administrativen Kapazitäten der einzelnen Mitgliedstaaten liegen der Bundesregierung keine fundierten Erkenntnisse vor.

55. Auf welche Weise hatte bzw. hat die Bundespolizei einen Beobachterstatus im CPIP wahrgenommen und sich in „Besprechungen bei FRONTEX“ eingebracht?

Zu 55.
Es wird auf die Antwort zu Frage 51 verwiesen.
56. Inwieweit ist die für das Jahr 2013 vorgesehene „aktive Teilnahme“ der Bundespolizei mittlerweile umgesetzt (Bundestagsdrucksache 17/7018)?

Zu 56.

57. Welche Kapazitäten werden hierfür von deutscher Seite eingebracht oder entwickelt?

Zu 57.
Der Beitrag der Bundespolizei wird sich nach gegenwärtigem Stand auf die Überwachung und die Übermittlung von Informationen aus dem deutschen Schengen-Außengrenzabschnitt in der Nord- und Ostsee beschränken. EUROSUR-spezifische Projekte, die sich mit Überwachungs- oder Aufklärungsfähigkeiten befassen, sind gegenwärtig nicht geplant.

58. Welche technischen Verfahren bzw. Produkte welcher Hersteller kommen, soweit bislang bekannt, im CPIP zur Anwendung?

Zu 58.
Die Strukturierung und inhaltliche Ausgestaltung des gemeinsamen Informationsbilks zum Grenzvorbereich wird zunächst in einer Arbeitsgruppe der Agentur erarbeitet. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 52 verwiesen. Weitere Informationen liegen der Bundesregierung nicht vor.

59. Inwiefern ist das CPIP eingebettet in ein „European Situational Picture“, und worum handelt es sich dabei?

Zu 59.

60. Welche Haltung vertritt die Bundesregierung mitterweile hinsichtlich des Aufbaus eines EU-weiten CPIP sowie des Systems zur Migrationskontrolle EUROSUR bezüglich der Nutzung unbemannter Luft- und Bodenroboter oder Satellitenaufklärung, wie es etwa im CPIP-Fragebogen (Ratsdok. 6157/10) abgefragt wurde?

Zu 61.

61. Welche EU-Regierungen werden nach gegenwärtigem Stand nicht an EUROSUR teilnehmen, und was ist der Bundesregierung über die Gründe bekannt?

Z
u 61.
Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.
62. Inwiefern bzw. mit welchem Inhalt trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass zur Teilnahme von Großbritannien und Irland an EUROSUR nach Kenntnis der Fragesteller von einigen Mitgliedstaaten ein Veto oder eine gerichtliche Klage ange- droht wurde?

Zu 62.
Ein Mitgliedstaat erklärte am 15. Oktober 2013 im Rat der Europäischen Union gegenüber dem Ausschuss der Ständigen Vertreter (Dokument 14801/13), dass die EUROSUR-Verordnung eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands darstellt und Artikel 19 und Erwägungsgrund 16 der Verordnung, die die Beteiligung Irlands und des Vereinigten Königreichs betreffen, aus Sicht dieses Mitgliedstaates, gegen das Protokoll (Nr.19) über den in den Rahmen der Europäischen Union einbezogenen Schengen-Besitzstand verstoßen.